



Die CDU-Bundestagsabgeordneten Thorsten Frei (links) und Andreas Jung (rechts) mit dem Vorsitzenden der Regionalgruppe, Alexander Herr (Mitte). BILD: HANS-JÜRGEN GÖTZ

# Wo die Klimaschützer in der CDU der Schuh drücken

Link: <https://www.suedkurier.de/digitale-zeitung/lesen/epa12399,84075,0,26>

- Regionale KlimaUnion debattiert mit Politikern
- Bürokratieabbau soll Erneuerbare voranbringen



VON HANS-JÜRGEN GÖTZ  
villingen.redaktion@suedkurier.de

**Schwarzwald-Baar** – Die CDU habe die Soziale Marktwirtschaft erfunden, jetzt mache sie sich auf den Weg in die Nachhaltige Marktwirtschaft: Das erklärten die beiden CDU-Bundestagsabgeordneten Thorsten Frei und Andreas Jung anlässlich eines Pressegesprächs. Unterstützung erhielten sie dabei von Alexander Herr. Der ist nicht nur stellvertretender Vorsitzender der CDU Villingen-Schwenningen, sondern auch Vorsitzender der regionalen Gruppe der sogenannten KlimaUnion.

Diese neue Gruppierung innerhalb der CDU gibt es seit Mai 2021. Ihre Ziele definieren sich aus der Unterstützung des 1,5-Grad-Klimaziels im Kontext mit einer sozialen Marktwirtschaft, die alle Bürger mitnehme und niemanden abhängig. „Um dieses Ziel zu erreichen, müssen wir viel Aufklärungsarbeit auf allen Ebenen leisten, auch innerhalb unserer eigenen Partei“, erklärt Alexander Herr die aktuellen Prioritäten.

Und Thorsten Frei erklärt dazu: „Wir haben es in Deutschland mit einem gewaltigen Transformationsprozess zu tun, wenn wir unsere Klimaziele erreichen wollen und gleichzeitig müssen wir alles tun, um eine starke Volkswirtschaft zu bleiben“. Dabei ist allen Beteiligten klar, dass die Umsetzung der entsprechenden Strategien und Pläne zumeist auf kommunaler Ebene geschehen muss. Genau deshalb ist für die KlimaUnion auch der Kontakt und die Unterstützung auf der kommunalen Ebene eine wichtige Aufgabe. Und so

## 1,5-Grad-Ziel

Der Pariser Weltklimavertrag hat 2015 das Ziel vorgegeben, die durchschnittliche, globale Temperaturerhöhung auf 1,5 Grad Celsius im Vergleich zur vorindustriellen Zeit zu begrenzen. Gemeint ist dabei der menschengemachte und durch Treibhausgase ausgelöste Temperaturanstieg. Dieser Anstieg scheint aber deutlich schneller voranzuschreiten, als 2015 für möglich gehalten wurde. Die Weltorganisation für Meteorologie hat im Mai 2022 bereits gewarnt, dass die Durchschnittstemperatur in den nächsten fünf Jahren zeitweise schon um mehr 1,5 Grad steigen könnte.

nutzten sie gleich die Gelegenheit, um von Bürgermeister Detlef Bühler und Oberbürgermeister Jürgen Roth (CDU) zu hören, wo sie denn der Schuh drückt in Sachen Klimaschutz.

Detlef Bühler erläuterte, vor welchen Herausforderungen die Stadt steht, wenn es unter anderem darum geht, die kommunale Wärmeplanung so schnell wie möglich von Öl und Gas auf nachhaltige Energieträger umzubauen. Dabei hat er vor allem auch den gesellschaftlichen Konsens im Auge.

„Alle müssen hier ihren Beitrag leisten, vom Bund über das Land, die Kommune bis hin zu den Bürgern. Das wird aber ohne entsprechende finanzielle Unterstützung seitens des Bundes den Kommunen alleine nicht gelingen“, erklärte Bühler den Bundestagsabgeordneten. Auch beim Ausbau von Photovoltaik-Anlagen (PV) aller Art sieht er noch viel zu viele bürokratische Hürden, die viele gute Ideen bereits im Ansatz ersticken oder unnötige Zusatzkosten hervorriefen. Diese Meinung teilt

auch Jürgen Roth. Er würd auch das Thema Wassernutzung und -Nutzung noch voranbringen. Aber auch ihn derzeit viel zu viele Verordnungen im Weg. „fehlt es einfach an Geld, etwas schnell und unkompliziert probieren und entwickeln. Das gilt aus seiner Sicht auch für PV-Anlagen, vom Dach zur PV-Anlage. Dabei sieht er eine Chance, gerade mit den Energiewerken schneller zu besser zu kommen. Vorausgesetzt, die Kosten gehen nicht zulasten der Bürger, die eh schon nicht die drastisch anstehenden Anschaffungskosten bezahlen. Die Wahrung des sozialen Wohls ist deshalb für ihn auch eine wichtige Aufgabe. So sehen auch Thorsten Frei und Andreas Jung die Notwendigkeit, die Seiten des Bundes dafür zu öffnen, der schnelle Ausbau nachgefragter Energieträger nur gelingen kann. Die gesetzliche Auflagen nicht zu lockern und vor allem entbürokratisieren. In den zukünftigen Diskussionen sollte es auch keine ideologischen Hürden geben: Atomkraft und die Steuerbefreiung privater Nutzung der heimischen Energieerzeugung, die Ausweitung der Nutzung vorhandener und neuer Anlagen, Umbau der vorhandenen Anlagen auf Wasserstoff-Transporter sind weitere Punkte, die auf andere mehr.

Auf die Frage, ob die KlimaUnion auch dazu durchkommen würde, zum Thema Tempolimit eine ähnliche Position zu beziehen, antworteten die beiden Bundestagsabgeordneten doch aus. Das sei noch eine offene Debatte innerhalb der Partei. Die KlimaUnion könne die Bundesregierung dazu ermutigen, den Fortschritt umzusetzen, wenn sie es möchte, sogar ganz ohne Partei.